

# Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Dezember 2014

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der Außenpolitik beschäftigen uns die anhaltenden Krisen im Nahen und Mittleren Osten. Neben humanitärem Engagement und Waffenlieferungen zur Abwehr der Gefahr des IS-Terrors müssen wir bei der derzeitigen Situation auch militärische Optionen besonnen, aber dennoch sorgfältig prüfen. Ausreiseverbote für Extremisten in Krisengebiete sowie Wiedereinreiseverbote für jene, die den Terrorismus im Nordirak unterstützt haben, sind erste Begleitmaßnahmen, die wir entschlossen umsetzen müssen.

Derweil gibt es aus meinen Fachbereichen Positives zu vermelden. Der Haushalt 2015 wird der erste Bundeshaushalt seit 46 Jahren ohne neue Schulden sein. Dies ist ein Meilenstein für stabile Finanzen und Generationengerechtigkeit in unserem Land. Grünes Licht hat der Deutsche Bundestag außerdem dem Wunsch Irlands erteilt, die vom IWF erhaltenen Finanzhilfen vorzeitig zurückzahlen. Deutschland entstehen bei dieser Umschuldung keine finanziellen Nach-



teile. Dieser Umschuldungswunsch Irlands stärkt die Eurozone, indem durch die vorzeitige Rückzahlung die Schulden-tragfähigkeit des Landes verbessert wird.

Des Weiteren wurde die Einführung des Elterngeld Plus final vorangetrieben. Damit wird nicht nur der berufliche Wiedereinstieg für Mütter ab dem 1. Juli 2015 deutlich erleichtert, sondern auch das Leitbild der partnerschaftlichen Erziehungsverantwortung von Müttern und Vätern gestärkt.

Herzliche Grüße,

Ihr

### 3. Rede:

## 8. Familienbericht der Bundesregierung

**A**m 07. November habe ich in meiner Rede zum Achten Familienbericht der Bundesregierung Stellung bezogen.



Zum einen habe ich darin die familienpolitische Neuerung der besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf vorgestellt, die das Parlament voraussichtlich noch in diesem Jahr beschließen wird, zum anderen habe ich auf die familienpolitische Haupterrungenschaft der letzten Jahre, den Kita-Ausbau, verwiesen. Das dritte Schwerpunktthema meiner Rede waren die finanziellen Entlastungen der Kommunen durch den Bund.

*„[...] Jeder Mensch, der einen Angehörigen pflegt, verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Mit dem Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erreichen wir beides. Angehörige haben nun ein Instrument, sich auf die Not-situation der Familie einzustellen und die letzten Wochen und Monate in intensiver Familienzeit zu verbringen. Das sind wir den Familien in Deutschland schuldig. [...] Der CDU/CSU-Fraktion ist es wichtig, die*

*Verbesserung der Kitas voranzutreiben. Kitas dürfen keine Parkplätze für Kinder sein; sie müssen vielmehr erste qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen der Gesellschaft darstellen. Im Bereich der Kindertagesbetreuung bewegt sich vieles. Wir sind noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg dorthin. [...]“ ■*

### 4. Rede:

## „Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen im demografischen Wandel“

**A**m 13. November 2014 nahm ich in meiner Rede Bezug auf den Antrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die in diesem den Ausbau der „Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen im demografischen Wandel“ forderten.

Ich sprach über die Partizipationsrechte, die Kinder und Jugendliche bereits heute besitzen. Ich würdigte darüber hinaus die Erziehungsleistung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern und bat die Oppositionsparteien um mehr Vertrauen in diese Menschen in Deutschland.

*„[...] Uns allen liegen die Rechte von Kindern und Jugendlichen sehr am Herzen. Dennoch sollte über diese Sache rational gesprochen werden. Ist eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz notwendig, um in der Alltagsrealität Kinder zu schützen? Nein, weil sie durch das Grundgesetz bereits geschützt werden. Ja, auch ich möchte den Kindern und Jugendlichen in einer immer älter werdenden Gesellschaft Gehör verschaffen. Aber das geht nicht durch Symbolpolitik, sondern durch tägliche harte pragmatische Arbeit für Kinder und Jugendliche, wie es die CDU/CSU seit 2005 in der Bundesregierung macht. [...]“ ■*



## Washington: Die erste Dienstreise

**M**it einer kleinen Gruppe ebenfalls neu gewählter Kolleginnen und Kollegen von Union, SPD und Grünen konnte ich an einer Dienstreise nach Washington teilnehmen. Das von German Marshall Fund und der Robert Bosch-Stiftung organisierte Programm sah einen abwechslungsreichen Austausch mit Kongressabgeordneten, dem Deutschen Botschafter, Journalisten, Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern zu verschiedenen Aspekten der transatlantischen Beziehungen vor. Die Wahlen in den USA (die sogenannten mid-term elections), waren ebenso Thema wie die Migrationspolitik und die sozialen Ungleichheiten in den Vereinigten Staaten. Mit Experten des Weißen Hauses konnten wir die außenpolitische Lage in der Ukraine erörtern und mit dem Dekan der renommierten Johns Hopkins University über die Lage im Nahen Osten und die Bedrohung durch den ISIS-Terrorismus diskutieren.

Während sich die Einschätzungen unserer Gesprächspartner und uns zur Außenpolitik inhaltlich sehr weitgehend deckten, wurden bei dem geplanten Freihandelsabkommen (TTIP) und den Abhörmaßnahmen des amerikanischen Geheimdienstes NSA auch die unterschiedlichen Sichtweisen deutlich. In den USA findet das Freihandelsabkommen mit Europa wenig öffentliche Resonanz, wird aber als ausgesprochen wünschenswert empfunden. In Deutschland hingegen bestehen Bedenken, insbesondere wenn es um die Sicherung unserer Lebensmittelstandards und die besonders umstrittene Investitionsschutzklausel für amerikanische Unternehmen geht. Während die Angst in Sachen Lebensmittelstandards objektiv unbegründet ist, konnten unsere Gesprächspartner die Vorbehalte zur Investitionsschutzklausel nachvollziehen.



*v.l.: Sebastian Hartmann, Katja Leikert, Özcan Mutlu, Mark Hauptmann, Botschafter Dr. Peter Wittig, Matthias Ilgen, Markus Koob, Luise Amtsberg und Christina Kampmann.*

Im Gespräch mit einem führenden Kongressabgeordneten der Demokraten im Ausschuss zur Überwachung der amerikanischen Geheimdienste war spürbar, wie tiefgreifend die Terroranschläge auf das New Yorker World Trade Center im Jahr 2001 bis heute für das Sicherheitsempfinden und -bedürfnis sind. Wir stellten klar, dass die Zusammenarbeit unserer Geheimdienste bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors im In- und Ausland wichtig und notwendig ist, das umfassende Überwachen eines Partners wie Deutschland aber nicht akzeptabel ist. ■

### Shanghai/Peking: **Die erste Delegationsreise**

**I**m Rahmen einer Delegationsreise des Finanzausschusses des Bundestages konnte ich an zahlreichen interessanten Gesprächen in China teilnehmen. In Shanghai standen neben einem Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul und Vertretern deutscher Banken und Stiftungen, ein Besuch der Freihandelszone rund um Shanghai sowie eine Diskussion mit der deutschen Außenhandelskammer auf dem Programm.

In Peking konnten wir mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Finanzausschusses sprechen, wertvolle Hintergrundinformationen des deutschen Botschafters erhalten, mit den staatlichen Behörden zur Regulierung der Banken und Finanzmärkte ins Gespräch kommen und mit einem Vorstand der Bank of China über Finanzierungsmöglichkeiten deutscher mittelständischer Unternehmen reden. Vertreter der politischen Stiftungen deutscher Parteien berichteten uns zudem über die Rahmenbedingungen, die ihre Arbeit derzeit deutlich erschweren. Es bleibt der Eindruck eines faszinierenden Landes, das erhebliches Potenzial hat, allerdings auch vor enormen Herausforderungen insbesondere bei der freizeichlichen Öffnung der Gesellschaft und beim Umweltschutz steht. ■

### **Wussten Sie schon, dass...**

der Deutsche Bundestag drei Preise verleiht? Jährlich werden der Medienpreis, jeweils alle zwei Jahre der Wissenschafts- und der Deutsch-Französische-Parlamentspreis verliehen.





## Blick auf die aktuellen politischen Themen

Bundshaushalt 2015 • Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf • Irlands IWF-Kredite •  
EU-Kommission • Ebola

### Bundshaushalt 2015:

#### Die „Schwarze Null“ steht

**M**it dem Bundshaushalt 2015 schreiben wir in dieser Woche Geschichte: Zum ersten Mal seit über 40 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: *„Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“*

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass uns dies gelungen ist. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren. Neue Ausgaben fangen wir durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungs- und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Millionen Euro gekürzt und setzen so ein weiteres starkes Signal für die Verlässlichkeit der Koalition.

Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Milliarden Euro ausgeben. Das liegt noch immer unter dem Niveau von 2010. Doch wir sparen nicht nur, sondern investieren auch. So haben wir die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr, Kultur und Hochwasserschutz deutlich gestärkt. Und wir bringen ein Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro ab 2016 auf den Weg.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen lässt sich für die mich betreffenden Ressorts wie folgt zusammenfassen:

Wie bei allen anderen Ressorts, wurden auch am Regierungsentwurf für den Etat des Bundesfinanzministeriums sowohl Erhöhungen als auch Kürzungen von Ausgaben vorgenommen. Die in allen Etats anfallenden Mehrkosten der Tarif- und Besoldungsrunde 2014 schlagen sich im Bundesfinanzministerium und seinen nachgeordneten Behörden aufgrund zuwachsender Aufgaben besonders deutlich nieder. Höhere Personalkosten resultieren vor allem aus der Verwaltung der Kfz-Steuer, der geplanten Einrichtung einer

Generalzolldirektion und dem Einsatz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zur Kontrolle der Mindestlohnumsetzung. Unter dem Strich wird der Haushalt von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble um 130 Millionen auf 5,6 Milliarden Euro erhöht.

Der Deutsche Bundestag hat dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegenüber dem Regierungsentwurf Mehrausgaben von 67 Millionen Euro gebilligt, so dass dem Ressort 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im Vorjahr lag der Ausgaberrahmen noch bei 8 Milliarden Euro. Maßgeblich für den Aufwuchs sind das Elterngeld, aufgestockte Zuweisungen an Opfer der Heimerziehung sowie zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Islamismus, Salafismus und Antisemitismus. ■

### Pflege:

## **Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**

**I**n Deutschland leben derzeit rund 2,6 Millionen pflegebedürftige Menschen, deren Zahl weiter steigen wird. Etwa zwei Drittel davon werden in ihrer gewohnten Umgebung betreut und versorgt, und dies oft von Angehörigen.

Pflege stellt für uns als Union einen Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode dar, denn die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die familiäre Pflege und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist ethisch und gesellschaftlich eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Am 15.10.2014 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf beschlossen. Am 1. Januar 2015 wird es nach den parlamentarischen Beratungen voraussichtlich in Kraft treten.



Bild: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann

Die wesentlichen Neuregelungen erfolgen:

- Im Pflegezeitgesetz und im SGB XI zur Lohnersatzleistung bei kurzzeitiger, bis zu 10-tägiger Arbeitsverhinderung (Pflegeunterstützungsgeld) zulasten der Pflegekasse des zu pflegenden Angehörigen.
- Im Pflegezeitgesetz zur maßvollen Erweiterung des Begriffs der „nahen Angehörigen“ um Stiefeltern, Schwägerinnen und Schwäger sowie lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften und zur Einführung eines Rechtsanspruchs zur Begleitung naher Angehöriger in ihrer letzten Lebensphase und zur Betreuung pflegebedürftiger Kinder.
- Im Familienpflegezeitgesetz zur Einführung eines Rechtsanspruches auf Familienpflegezeit, zur Betreuung pflegebedürftiger Kinder und zur besseren Absicherung des Lebensunterhaltes der Beschäftigten während der Familienpflegezeit durch einen Anspruch auf ein zinsloses Direktdarlehen durch das BAFzA.

Die Höchstdauer der Pflegezeit und Familienpflegezeit beträgt für jeden pflegebedürftigen Angehörigen längstens 24 Monate. Auch eine Kombination beider Ansprüche darf 24 Monate nicht überschreiten.

Langfristig wird Pflege immer teurer werden. Mehr denn je wird die Gesellschaft darauf angewiesen sein, dass Pflegebedürftige verstärkt von ihren Angehörigen zu Hause versorgt werden. Die häusliche

Pflege entspricht zudem den Wünschen vieler betroffener Familien und entlastet die kostenintensive stationäre Pflege. Somit entlastet die häusliche Pflege uns alle. Außerdem schaffen wir Planbarkeit und Verlässlichkeit, sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer. Eine übermäßige Regulierung des Arbeitsmarktes findet – entgegen einiger Behauptungen – nicht statt. So gilt das Gesetz überhaupt nur für Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten.

Jeder Mensch, der sich für die Pflege eines Angehörigen entscheidet, seine Arbeitszeit reduziert und damit gleichzeitig auf Einkommen verzichtet, nimmt Entbehrungen in Kauf und trägt große Verantwortung angesichts dieser enormen Herausforderung. Mit dem vorliegenden Gesetz wird den Beschäftigten eine wichtige Möglichkeit eingeräumt, Pflege, Familie und Beruf zu verbinden, ohne die Arbeitgeber zu stark zu belasten. ■

#### IWF-Kredite:

### **Irland – Rückzahlung von IWF-Finanzhilfe**

**I**rland ist auf dem besten Weg zur Rückgewinnung der finanziellen Unabhängigkeit. Den Rettungsschirm konnte es bereits wieder verlassen. Seitdem finanziert es sich wieder erfolgreich über die Finanzmärkte. Im Mai erlöste eine zehnjährige Anleihe Irlands 750 Millionen Euro zu einem niedrigen Zins von 2,73 Prozent. Zwar ist die Arbeitslosenquote mit über 10 Prozent im Vergleich zu Deutschland relativ hoch, auch die Schuldenquote ist mit rund 120 Prozent deutlich über den Maastricht-Kriterien, aber die Wirtschaft in Irland stabilisiert sich.

Durch den nun erfolgten Bundestagsbeschluss soll es Irland erlaubt werden, einen Teil des IWF-Kredites, der Irland 2010

zu relativ teuren Konditionen Geld verschaffte, abzulösen, wodurch die irische Schuldenragfähigkeit erhöht und das Land weiter stabilisiert wird. Der Beschluss führt dazu, dass in diesem einen Fall die festgelegte Parallelbehandlung von IWF und EFSF außer Kraft gesetzt wird. Das war die Voraussetzung dafür, dass Irland den IWF-Kredit zurückzahlen kann.



Bild: Christiane Lang

Irland ist ein Paradebeispiel für den Erfolg der europäischen Finanzpolitik der letzten fünf Jahre. Ja, es ist richtig, Staaten der EU unter die Arme zu greifen, wenn diese durch Reformen bereit sind, sich selbst zu helfen. Diese Reformen sind aber die Grundvoraussetzung für europäische Solidarität. Irland beweist aber, dass diese Reformen sein müssen, um gestärkt aus der eigenen Krise hervorzugehen. ■

#### Neue EU-Kommission:

### **Die Juncker-Kommission komplett**

**D**ie Europawahl, aus der die Parteienfamilie der CDU/CSU, die EVP, mit 29,4 Prozent als stärkste Fraktion hervorging, liegt nun gut fünf Monate zurück. Der christdemokratische Spitzenkandidat und ehemalige luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker wurde zuerst von der Mehrheit des Europäischen Rates vorgeschlagen und am 15. Juli 2014 vom Europäischen

Parlament mit 422 Stimmen (250 Nein-Stimmen, 47 Enthaltungen, 10 Ungültige) bestätigt.

Die EU-Kommission wurde von Juncker grundlegend umstrukturiert und stärker hierarchisiert. So wird es in Zukunft sieben Vizepräsidenten geben, die jeweils festgelegte größere Themenkomplexe verantworten, in denen ihnen die restlichen Kommissare zuarbeiten. Diese einfachen Kommissare verantworten kleinere Themenkomplexe als die Vizepräsidenten. Um in das Arbeitsprogramm der Kommission einfließen zu können, benötigt der Vorschlag eines Kommissars die Unterstützung mindestens eines Vizepräsidenten.



Bild: CDU Deutschlands / Tobias Koch

Nach zum Teil kontroversen Anhörungen im Europäischen Parlament ist die EU-Kommission von Jean-Claude Juncker komplettiert. Neben Juncker wird die Kommission von Federica Mogherini als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und dem Vizepräsidenten und 1. Stellvertreter Junckers Frans Timmermans geführt. Weitere Vizepräsidenten sind Kristalina Georgiewa (BUL), Andrus Ansip (EST), Maroš Šefčovič (SVK), Valdis Dombrovskis (LAT) und Jyrki Katainen (FIN). Auch in dieser EU-Kommission wird Günther Oettinger als Vertreter Deutschlands Mitglied sein. Er vertritt den sehr wichtigen und zukunftsentscheidenden Themenbereich der Digitalen Wirtschaft und Gesellschaft.

Nach der Anfangsphase muss die neue EU-Kommission zügig bestehende Probleme in der EU lösen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die eingetretene Wirtschaftsflaute sind sicherlich die Hauptprobleme, auf die die Europäische Union dringend eine Antwort finden muss. Die Kommission muss zudem die Haushaltsdisziplin in ihren Mitgliedsstaaten im Auge behalten. International steht die EU vor der Herausforderung Verantwortung im Ukraine-Konflikt mit Russland, aber auch im Nordirak und Syrien gegen den IS zu übernehmen. Dafür sollte sie eine starke gemeinsame Stimme in der Außenpolitik herausarbeiten. Auch bei TTIP sollte sie die höchstmöglichen Verbraucherschutzstandards und sozialstaatlichen Errungenschaften in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika schützen und eine größtmögliche Transparenz gewährleisten. Die Aufgabenliste der EU-Kommission ist also lang. ■

## **Ebola: Lage in Afrika ist weiter angespannt**

**I**n den vergangenen zwei Wochen hat sich die Lage in den von der Ebola-Epidemie in Westafrika betroffenen Ländern nochmals dramatisch verschlechtert. Dies unterstreichen die Einschätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Hilfsorganisationen vor Ort. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stufte mit Ebola in einer Dringlichkeitssitzung erstmals eine Krankheit als "Bedrohung der internationalen Sicherheit" ein. Die Menschen in der Region leiden. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Wir wollen ihnen helfen.

Die Bundesregierung ist bereits seit Monaten im Kampf gegen die Krankheit Ebola aktiv. So sind aus Deutschland das Robert-Koch-Institut und das Bernhard-Nocht-

Institut für Tropenmedizin mit Diagnose-Einrichtungen und Personal schon seit dem Frühjahr vor Ort. Die Bundesregierung hat seit Ausbruch der Krankheit Soforthilfe sowie Entwicklungsgelder in zweistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt. Diese Gelder gehen an erfahrene Helferinnen und Helfer, wie die WHO oder "Ärzte ohne Grenzen", die direkt vor Ort die dringend notwendige Unterstützung leisten.

Die WHO hat zur Ebola-Bekämpfung Ende August die "Ebola Response Roadmap" vorgestellt. Ziel der darin beschriebenen Maßnahmen ist es, den Ausbruch in den nächsten sechs bis neun Monaten zu stoppen. Kurzfristig plant die Bundeswehr eine Luftbrücke in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Länder aufzubauen sowie einen Lufttransport-Stützpunkt in der weiteren Region einzurichten. Zusätzlich wird die Bundesregierung das Deutsche Rote Kreuz sowohl finanziell als auch logistisch dabei unterstützen, ein mobiles Krankenhaus mit mehr als 200 Betten sowie zwei Basis-Gesundheitsstationen in der Region aufzubauen und zu betreiben. Die Bundeswehr ist zudem bereit, eine Krankenstation für bis zu 50 Patienten in die Region zu transportieren und bei Bedarf auch beim Aufbau zu helfen. Das Technische Hilfswerk wird sich nach Bedarf an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen in Deutschland sowie in der Region beteiligen. Hierzu gehört u.a. die Unterstützung beim Transport und der Lagerung von Hilfsgütern in Deutschland sowie die Unterstützung einer zivilen Luftbrücke und bei der Koordinierungsunterstützung internationaler Akteure. Die Bundesregierung beabsichtigt außerdem, sich verstärkt an der Ausbildung des medizinischen Personals zu beteiligen.

Die dramatische Situation in Westafrika zeigt uns auch, wie wichtig es ist, unsere

Bemühungen beim Aufbau staatlicher Strukturen und insbesondere auch beim Ausbau des Gesundheitswesens in den Partnerländern unserer Entwicklungszusammenarbeit und bei der Erforschung von Krankheiten wie Ebola zu verstärken. In Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, mit bewährten Partnern der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, wie aber auch engagierten Unternehmen und privaten Initiativen wollen wir einen wirksamen Beitrag zum Kampf gegen die schreckliche Ebola-Epidemie in Westafrika leisten. Dies ist uns ein zentrales Anliegen. ■

**14. Oktober 1954:**

## **60 Jahre Kindergeld**

**A**m 14. Oktober 1954 wurde auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion vom Deutschen Bundestag das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen beschlossen, während Entwürfe von SPD und FDP verworfen wurden. Familien erhielten so für das dritte und jedes weitere Kind monatlich 25 DM.

Von 1961 an bekamen Familien auch für das zweite Kind eine Leistung, seit 1975 wird Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt. Die bedeutendste Erhöhung des Kindergelds wurde im Jahr 1996 im Zusammenhang mit der Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossen: Der Betrag für das erste Kind wurde von 70 auf 200 DM angehoben, für das zweite von 130 auf 200 DM und für das dritte von 220 auf 300 DM. Die jährlichen Ausgaben für das Kindergeld lagen vor 1996 bei umgerechnet etwa 9 Milliarden Euro für insgesamt 14 Millionen Kinder und stiegen im Zuge der Reform auf rund

20 Milliarden Euro an. Im Jahr 2012 wurden rund 34 Milliarden Euro für insgesamt 14,5 Millionen Kinder gezahlt.



Bild: CDU Deutschlands/Butzmann

Das Kindergeld ist heute eine Institution bei Familien und eine CDU/CSU-Erfolgsgeschichte. Seit 60 Jahren ist das Kindergeld die tragende Säule deutscher Familienpolitik. Mit der CDU/CSU in der politischen Verantwortung werden zahlreiche weitere Kindergeld-Jubiläen folgen. ■

### **Praktikumsbericht:** **Lea Küppers**

**V**om 18. August 2014 bis zum 10. Oktober 2014 habe ich mein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Koob absolviert.

Im Vorfeld des Praktikums war ich sehr aufgeregt und neugierig, was mich erwarten würde. Diese Neugier wich ziemlich schnell einer Verwirrung, da der Bundestag aus zahlreichen Gebäuden besteht, die fast alle unterirdisch miteinander verbunden sind und die Orientierung daher nicht immer gegeben war. Den Überblick zu bewahren, war für mich zunächst nicht ganz so leicht und die erste Herausforderung, die es zu bewältigen galt. Meine ersten drei Wochen in Berlin lagen noch in der Sommerpause.

Es standen also keine Sitzungen an und der Bundestag war so leer, wie er es im Jahr nur selten ist. Trotzdem gab es im Büro einiges zu tun. So habe ich mich zu

Beginn meines Praktikums über die Situation im Irak und in Syrien informiert und darüber einen Artikel für die Homepage verfasst.

Des Weiteren wurde von der CDU/CSU-Fraktion ein Praktikantenprogramm organisiert, an dem ich teilnehmen konnte und welches viele verschiedene Veranstaltungen bot. So durfte ich der Bundespressekonferenz beiwohnen, bei der es unter anderem um die PKW-Maut ging. Da nur Vertreter der Ministerien und der stellvertretende Regierungssprecher Streiter präsent waren, hielten sich die Sprecher relativ bedeckt. [...]

Ich nahm in den folgenden Wochen außerdem an Führungen durch das Abgeordnetenhaus, das Bundeskanzleramt, den Bundesrat und den Reichstag teil. Ich fand es sehr interessant, mehr über die Architektur und die Geschichte der einzelnen Gebäude zu erfahren, da die Bauwerke mehr zu bieten haben, als es auf den ersten Blick scheint.

In meinen acht Wochen im Bundestag hatten wir viel Besuch. Neben einer BPA-Gruppe, führten wir auch ein Gymnasium und mehrere Einzelpersonen durch den Bundestag. Außer der Führung durch den Bundestag gehörte meist auch ein Gespräch mit Herrn Koob dazu, in dem er den Besuchern seine Arbeit schilderte und ihre Fragen beantwortete.

Ein Highlight während meines Praktikums war die Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Lammert, die fraktionsübergreifend für alle Praktikanten des Deutschen Bundestages organisiert worden war. Prof. Dr. Lammert erzählte zunächst etwas über seine Tätigkeit als Bundestagspräsident, bevor Fragen gestellt werden konnten, die er mit viel Humor, aber auch sehr sachlich beantwortete. Ein weiterer Höhe-

punkt im Rahmen des Praktikantenprogramms war der Besuch im Finanzministerium verbunden mit einem Gespräch mit Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble. Er berichtete vorab über seine Tätigkeit als Finanzminister, ehe er sich den Fragen der Praktikantinnen und Praktikanten stellte. Ein Thema war unter anderem die „Schwarze Null“, die für den Haushalt 2015 maßgeblich ist.

vor allem im Büro von Markus Koob empfehlen, da man ganz andere Einblicke in die Arbeit bekommt und die Mitarbeiter sehr herzlich sind. Sie haben mich sofort überaus herzlich in ihrem Büro aufgenommen und mich in ihre tägliche Arbeit integriert, wofür ich ihnen sehr dankbar bin. ■



v.l.: Jonny Kumar, Katharina Rock, Gregor Kalinowski, Johannes Dehn, Lea Küppers, Ria Schulz und Markus Koob.

Gesprächsrunden fanden auch mit Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Michael Roth, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, mit dem Bundesnachrichtendienst und mit weiteren Personen aus dem Bereich Politik statt. Dabei erfuhr ich Interessantes über die verschiedenen Aufgabenbereiche und die aktuelle Weltpolitik. Insgesamt war das Praktikum für mich eine sehr gute Erfahrung, aus der ich Einiges gelernt habe und die ich jederzeit wieder machen würde. Ich kann jedem nur ein Praktikum im Deutschen Bundestag und

### **Praktikumsbericht:** **Gregor Kalinowski**

**E**s ist der 01.09. Punkt neun Uhr, ich sitze auf einem großen Polsterstuhl im Hof des Jakob-Kaiser-Hauses, höchstens 150 Meter vom Reichstag entfernt. Nicht nur der Stuhl und der Innenhof, auch die restlichen Gebäude des Regierungsviertels wirken auf den ersten Blick überdimensional. Verglichen mit dem beschaulichen Würzburg, wo ich Political and Social Studies studiere, ist das auch kein Wunder. Gerade habe ich

die Sicherheitskontrolle durchquert und warte nun darauf abgeholt zu werden.

Ich denke darüber nach, was mich wohl in den nächsten sechs Wochen erwartet. Als es darum ging, mir einen Praktikumsplatz zu suchen, um mein Pflichtpraktikum fürs Studium zu absolvieren, war mir relativ schnell klar, was ich gerne machen würde. Berlin bot sich als Zentrum der Macht und des politischen Geschehens für mich als Politikstudenten gut an. Da dauerte es natürlich nicht lange, bis ich auf die Idee kam, mich beim Bundestag zu bewerben. Zwar hatte ich schon jede Menge in Schule und Universität über den Bundestag gehört, doch was da so wirklich hinter den Kulissen abläuft, davon hatte ich allenfalls eine vage Vorstellung. Also bewarb ich mich für ein Praktikum beim Bundestagsabgeordneten meines heimischen Wahlkreises – Markus Koob.

Und siehe da, ein paar Monate später sitze ich schon in Berlin im Hof des Jakob-Kaiser-Hauses. Also eigentlich alles richtig gemacht, dachte ich mir in diesem Moment und dieses Gefühl sollte sich in den nächsten Wochen auch bestätigen. Vom gesamten Team wurde ich überaus herzlich aufgenommen. Gleich von Beginn an wurde ich in die verschiedensten Aufgaben miteingebunden. Auch der Umgang innerhalb des Teams war von Beginn an zwanglos und sehr herzlich, wodurch ich mich sehr schnell in das Team integrieren konnte. [...]

Während meines Praktikums konnte ich einen recht guten Einblick darüber gewinnen, mit welchen unterschiedlichen Aufgaben und Herausforderungen sich ein Bundestagsabgeordneter und sein Büro so beschäftigen. In viele Tätigkeiten konnte ich so hereinschnuppern und konnte mich oft auch selbst einbringen. Bei-

spielsweise das Beantworten von Bürgeranfragen, die Betreuung von Besuchergruppen oder die Recherche zu bestimmten Themenfelder zählte zu meinen Aufgaben.

Insgesamt muss ich sagen, dass ich trotz meiner relativ guten Vorkenntnisse überrascht war mit welcher Professionalität und Zielstrebigkeit der Berliner Politikapparat und die gesamte Verwaltungsebene dahinter arbeiten und funktionieren. Für die Chance diese direktere Einsicht in das Politikgeschehen zu gewinnen bin ich auch heute noch sehr dankbar.

Ich würde mich jederzeit wieder für ein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Koob entscheiden. Meine Praktikumszeit war für mich unheimlich vielseitig und lehrreich. Ich habe nun ein wesentlich konkreteres Bild davon, wie es ist, im Politikbereich tätig zu sein und welche unterschiedlichen Typen an Mitarbeitern dort tätig sind. Darüber hinaus habe ich nun eine Vorstellung davon, wie groß und abwechslungsreich die Beschäftigungsmöglichkeiten in unserer Hauptstadt im erweiterten Spektrum der Politik sind. ■

## Impressum und Kontakt

**Markus Koob MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

**Tel 030 - 227 - 7 55 49  
Fax 030 - 227 - 7 65 49  
markus.koob@bundestag.de**

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.